Pressemitteilung von Die Linke Niedersachsen vom 19.04.2026

Lorenz A. das war Mord – Widerstand an jedem Ort!

Am 19. April 2026 jährt sich erstmals der Tod des 21-jährigen Lorenz A., der im vergangenen Jahr in der Oldenburger Innenstadt durch Schüsse aus einer Polizeiwaffe ums Leben kam. Anlässlich des Jahrestages rufen politische Akteurinnen und Akteure sowie Initiativen zu einer Demonstration in Oldenburg auf und verbinden dies mit Forderungen nach Aufklärung und strukturellen Reformen.

Neben der Forderung, den Tod von Lorenz A. endlich umfassend aufzuklären, wird der Fall in einen größeren gesellschaftlichen Kontext eingeordnet, insbesondere im Hinblick auf Vorwürfe von Rassismus und strukturellen Problemen innerhalb von Sicherheitsbehörden. In diesem Zusammenhang wird auch auf weitere Fälle wie Oury Jalloh, Halim Dener und Lamin Touray verwiesen.

Zu den zentralen Forderungen gehören:

- die Einrichtung einer unabhängigen Kontrollinstanz für die Polizei außerhalb des Innenministeriums,
- eine bundesweite Studie zu Rassismus und rechtsextremen Einstellungen in Sicherheitsbehörden,
- eine stärkere Ausrichtung der Kriminalpolitik auf soziale Prävention.

Auch aktuelle sicherheitspolitische Entwicklungen werden kritisch bewertet. Die stellvertretende niedersächsische Landesvorsitzende der Linken, Nicole Emektas äußert sich dazu wie folgt:

„Während in unseren Kommunen Waffen- und Alkoholverbotszonen eingeführt werden, das neue niedersächsische Polizeigesetz noch dieses Jahr umgesetzt werden soll und damit auch der Weg für den

Einsatz von Palantir geebnet wird, entstehen zugleich rechtliche Grundlagen, die Racial Profiling begünstigen. Für Lorenz A., aber auch für alle anderen, die von massiver polizeilicher Gewalt betroffen sind oder waren, bedeutet das eine weitere Verschärfung von Ungleichbehandlung, Misstrauen und struktureller Diskriminierung."

Darüber hinaus wird von den Beteiligten eine zunehmende Militarisierung der Polizei thematisiert. Diese Entwicklung wird in Zusammenhang mit internationalen sicherheitspolitischen Strategien und deren möglichen Auswirkungen auf den innerstaatlichen Bereich gestellt.

Erik Uden, Mitglied im Landesvorstand von Die Linke Niedersachsen, bewertet die Rolle der Bundesregierung wie folgt:

„Mehr Polizeipräsenz, bessere Ausstattung und Bodycams werden das Problem nicht lösen. Verbrechen geschehen in keinem Vakuum, sondern in einem kapitalistischen System, welches Menschen in die Armut und somit in die Kriminalität drängt. Merz und seine Leute wollen keine Verbrechen bekämpfen; sie brauchen nur ein Feindbild, und dafür muss hier und da mal jemand sterben. Bekämpfung von Kriminalität heißt Prävention, heißt Förderung vom Sozial- und Gesundheitssystem, heißt Menschlichkeit. Das ist von der jetzigen Regierung nicht zu erwarten."

Des Weiteren wird erläutert:

„Lorenz ist nicht 'gestorben'. Er wurde getötet. Es darf nicht von einem tragischen Unfall die Rede sein. Die Gewalt ist Folge von institutionellem und strukturellem Rassismus. Rassismus, der tief in

den Polizeistrukturen verankert ist. Um die Aufklärung und Prävention rassistischer Polizeimorde zu ermöglichen, müssen endlich konkrete Maßnahmen, wie eine konsequente Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen, folgen.“

Die Partei Die Linke Niedersachsen wird sich weiterhin mit dem Thema Polizeigewalt auseinanderzusetzen und politische Konsequenzen einfordern. Für den 19. April 2026 ist eine Demonstration in Oldenburg geplant. Diese soll um 14:00 Uhr am Pferdemarkt beginnen.

Kontakt

Nicole Emektas
Stellv. Landesvorsitzende Die Linke Niedersachsen
Mail: nicole.emektas@dielinke-nds.de

Erik Uden
Landesvorstand Die Linke Niedersachsen
Mail: erik.uden@dielinke-nds.de